

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Beizeile ober deren Raum 30 A
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Nächstenliebe und Völkerhass.

Nun drückt also der Krieg dem heiligen „Feste der Liebe“ schon zum dritten Male seinen blutigen Stempel auf, und noch immer irrt die große Friedenssehnsucht der Völker ins Leere. Die Welt erscheint wie von wildem, brennendem Fieber gepackt, dessen Kurven endlos auf- und niederschwanke, heute bis zum Erlöschen zu sinken scheinen, um morgen aufs neue in die Höhe zu schnellen. „Eine Steigerung ist nicht mehr möglich“, so liest man jetzt. Dann aber erfährt man, daß die Wut der Schlachten von neuem an Festigkeit zunimmt: — „jeder gibt sein letztes her.“ Es ist, als sei alles bei allen ausgelöscht bis auf den einen Instinkt: zu vernichten, zu töten. Der Geist des Armenischen, der nie ganz in uns ausgerottet wurde, hat sich riesenhaft emporgereckt zu nackter Wildheit. Er, auf den der Gegenwartsmensch von seiner prangenden Bildungshöhe mitleidig herab sah, feiert beispiellose Triumphe und tritt hohnlachend alle Kultur des zwanzigsten Jahrhunderts in den Staub — ausgerüstet mit all den gewaltigen Zerstörungsmitteln eben dieses Jahrhunderts.

Röchelnd und aus zahllosen Wunden blutend, stürmt die europäische Mannheit, gemischt mit „Wilden“ aus andern Erdteilen, gegeneinander an, schleudert Berge von Metall auf den verhassten Feind, macht Städte und Dörfer dem Erdboden gleich, mährt ganze Wälder ab, pflastert die Felder mit Erz und Eisen, zerreißt die fruchtbare Ebene in zerklüftetes Land und häuft Gebirge von Leichen auf der verödeten Flur. Ihr Vernichtungswille gräbt heimliche, unterirdische Gänge, um den Gegner zu überraschen; er durchfurcht die dunklen Tiefen der Ozeane und beherrscht den Spiegel der Meere; er scheidt frohlockend die Wunder der Schiffbaukunst auf den Grund bergestiefter Gewässer und rattert hoch in den Lüften dahin, Kampf, Tod und Vernichtung bis in die Wolken tragend. . .

Daheim aber, wo Millionen mit Sehnsucht das Ende dieses graufigen Dramas erharren, läuten die Weihnachtsglocken wieder ihre Märchenmelodie, und in den Domen der christlichen Länder verkündet man den trauer- und notgebeugten Völkern die alte beglückende Heilandslegende von der erlösenden Liebe. In der Regel freilich in dem Sinne, daß ihr Reich nicht von dieser, sondern von jener Welt sei.

„Soll denn“, so schrieb schon vor dem Kriege ein berühmter Interpret, „das weihnachtliche „Friede auf Erden“ eine Tatsache aussprechen? Ist es nicht vielmehr eine Idee? Und liegt nicht die Größe einer Idee gerade in dem schneidenden Widerspruch zu der Wirklichkeit? Als ein erhabener Imperativ erklingt sie, unbekümmert darum, ob man sie tausendfach verhöhnt, mit Füßen getreten, zur Ironie gemacht hat. Nie wieder wird sie verstummen, nachdem sie einmal laut geworden, so wenig wie ein Stern erlischt, wenn ihn Wolken bedecken.“

Aber — ist's nicht merkwürdig? — wenige Zeilen weiter schreibt derselbe Autor, ein Pfarrer, dies: „Gar viele Gläubige geben sich bekanntlich damit zufrieden, daß sie die Welt laufen lassen, wie sie nun einmal ist, allein um ihren persönlichen Herzensfrieden besorgt. Von „Völkerfrieden“ stehe in den heiligen Schriften nichts. D diese gottselige Selbstsucht, die nicht wagt, sittliche Folgerungen zu ziehen! Die berufenen Vertreter aller Glaubensbekenntnisse — sie sind darin allzumal Sünder — haben vor der Geschichte eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Sie reden täglich vom Frieden und schaffen ihn nicht!“

Nein, sie schaffen ihn nicht. Könnten's auch nicht, selbst wenn sie es wollten, da auch die größte, beste und einleuchtendste Idee an den harten Entwicklungsfakten der menschlichen Gesellschaft scheitern muß, wenn sie mit ihren Tendenzen in Widerspruch steht.

Der Papst ist, was die Herrschaft über Menschengemüter anlangt, gewiß ein mächtiger und einflußreicher Mann. Er schrieb schon vor etwa anderthalb Jahren: „Im heiligen Namen Gottes, unseres himmlischen Vaters und Herrn, um des gesegneten Blutes Jesu willen, beschwören wir euch, die ihr von der göttlichen Vorsehung zur Regierung der kriegführenden Nationen bestellt seid, diesem fürchterlichen Morden, das nunmehr seit einem Jahre Europa entehrt, endlich ein Ziel zu setzen. Es ist Bruderblut, das zu Lande und zur See vergossen wird.“

Nun, jedes fürchterliche Morden hat diese stehende Anrufung bereits anderthalb Jahre überdauert, und Länder, die damals noch im Frieden schaffen konnten,

Ranges entwickelt, trotzdem er unseres Wissens in keiner Religion, keinem philosophischen System die Bedeutung einer erlösenden Macht hat. Wie das Unkraut im Garten, so scheint auch das böse Prinzip im Leben eine höchst urwüchsige Eigenkraft zu besitzen. Es bedarf keiner Theorie, keiner logischen Schlüsse, die sein Dasein begründen, um wirksam zu werden und die realen Dinge dieser Welt zu beeinflussen.

Wie sehen eben wieder einmal, was es mit den ethischen Verbrämungen dieser brutalen Erdenwirklichkeit auf sich hat: sie gelten als Feiertagschmuck, den der gestittete Europäer zu seinen Festtagen anlegt, um ein gutes Bild im Spiegel zu machen. Mittags trägt man unbedenklich das Kleid des Hasses.

Jedermann weiß, was in diesem Kriege an Gift veripritzt, was an Lügen, Verleumdungen, Schmähungen produziert worden ist: Erzeugnisse eines blöden Hasses, nur von dem einen Willen bewegt: den Gegner herabzusetzen.

In den Blättern der Arbeiterschaft ist oft gesagt worden: es sind nicht die Völker, die einander hassen. Das ist richtig, wenn man an die sozialistisch geschulten Arbeiter denkt, und es schließt auch darüber hinaus noch weitere Kreise ein. Aber ein Volk ist ein sehr vielföpfiges Wesen, und überall bildet gerade der geistig indifferente Teil der Bevölkerung den fruchtbarsten Nährboden für die Bazillen des Hasses. Der im gewöhnlichen Leben gleichgültige Mensch legt eben, wenn bewegte Zeiten kommen, darum doch seine Kurzsichtigkeit nicht ab. Gewisse Helden der Feder und andere Leute, die ein Interesse an der Völkerverheerung haben, bestärken ihn in jener Gemütsverfassung, wie denn überhaupt manche Journalisten in ihrem Federhalter mehr Haß tragen als der Soldat in seinem Schwert.

Der „Avanti“, das tapfere italienische Sozialistenblatt, schrieb kürzlich: „. . . Die Kämpfenden sind großmütig; die Drückeberger, die Heimkrieger, sind erbarmungslos, wild, unversöhnlich. . .“ Er wies darauf hin, daß der fanatische Völkerhass ein künstliches Erzeugnis des Krieges sei (was dahin eingeschränkt werden muß, daß er in einem gewissen Umfange auch im Frieden existierte) und meinte weiter: „Die Menschen, die von dem Milieu der Besessenheit (das heißt ihrer politischen Umgebung) in das der Wirklichkeit, des Krieges im Kriege, verfehl sind, fühlen allmählich die Krusten des Großen austrocknen und abfallen.“ In ihnen wird erzeugt „das Gefühl des ungeheuer tragischen Mißverhältnisses zwischen den Ursachen und Zielen eines Krieges und der Summe von Fürchtbarkeiten, die er Tag um Tag anhäuft.“

Man darf annehmen, daß auch der Haß der Heimkrieger in allen Ländern eine starke Dämpfung durch die zeitliche Ausdehnung des Krieges, durch seine immer fühlbarer werdenden Wirkungen erfährt und allmählich die Erkenntnis tagt, daß Haß und Feindseligkeit nicht dauernd die Nationen trennen und vernichten dürfen.

Die große Weihnachtsliebe des Christentums ist ein Traum geblieben und wird sich erst der Wirklichkeit nähern, wenn das, was in den Bestrebungen der Arbeiterinternationale zu Licht und Leben rang, von neuem aufersteht und die Völker ihr gemeinsames Interesse an einem haslosen Nebeneinanderleben erkennen läßt.

Eines Tages muß doch auch die jetzt in ganz Europa geknechtete Vernunft wieder zu Ehren kommen, und dann wird es zunächst ein gut Stück Arbeit sein, den fortglühenden Haß zu löschen und die Bahn für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten an hohen Zielen freizumachen.

Die Ideale der Arbeiterschaft unterscheiden sich von dem religiös-weihnachtlichen eben dadurch, daß sie keine Idee bleiben, sondern Wirklichkeit werden wollen; sie sind uns — um mit dem zuerst angeführten Zitat zu reden — ein erhabener Imperativ, der nie wieder verstummen wird, so wenig wie ein Stern erlischt, wenn ihn Wolken bedecken. . . .

Sonnenwende.

Ja, wir glauben an dich, wenn uns eisiger Sturm auch umdrauft,
Wenn der Winter die Seelen umklammert mit kalter Faust,
Wenn von blattlosen Zweigen trübendüster Nebel trauet
Und an die Scheiben wildrauschende Schneeflut klopft.

Glauben an dich, wenn die Wolken hängen in tiefer Last
Und unser Tag in froheinder Däm'm'ung verblaßt,
Wenn versunken der prangenden Erde goldleuchtende Pracht
Und unsere Stunden entwandeln in Licht- und Sternarme Nacht.

Ob mit gefurchter Stirn auch Frau Sorge grübelt und sinnt
Und unsern Herd mit quälendem Bangen umspinnt,
Ob um die Hütten schleicht lauend die blutige Not
Und aus der ferne was drohend ungeistert der Tod —

Dennoch und dennoch: wir heben das Angesicht
Auf zu der kommenden Sonne, dem kommenden Licht,
Wissen: die Helle, die hinter den Wolken blüht,
Daß sie dem Dunkel die tödenden Pfeile spießt.

Wissen dich lebend, du strahlende Hoffnung der Welt,
Die allem Dasein die loderbende Fackel hält.
Wissen dich nahend, urewige Zeugin,
Du aller Winter und Nöte absegelnde Beugin.

Wissen dich schaffend an Pflanzen- und Menschentos:
Freude und Brot und Frucht harren in deinem Schoß.
Alles was atmet, du tränkst es mit goldenem Schein:
Flammende Urmacht, verdarre der Segenmatt Peln!

Emst Preysing.

haben sich ebenfalls hineinreißen lassen in den wirbelnden Strom der blutigen Ereignisse. Nicht die fürchterlichen Erfahrungen der andern Nationen, nicht die Beschwörungen einflußreicher Idealisten, nicht das gepriesene Wort vom „Frieden auf Erden“ waren stark genug, die Regierungen jener Länder von dem unseligen Entschlusse abzuhalten, nun gleichfalls im wütenden, opfervollen Ringen mitzutun.

Die Lehre von der Liebe zum Nächsten wog wie ein Hauch. Schwer aber fiel der Haß in die Waagschale.

Ihn aufzupeitschen war das heiße Bemühen der Staatsmänner, die wohlfeile Vorbeeren zu ernten gedachten, Niederlagen erlitten und dann den Haß als Stütze für ihre verfehlte Politik gebrauchten. Was in diesem Punkte an den Seelen der Völker gesündigt worden ist, wird uns erst später ganz zum Bewußtsein kommen. Der Friedensschluß mag das fließende Blut stillen; aber er wird schwerlich zugleich die üppig emporgeschossene Saat des Hasses vernichten, die kurzfristige Geister am liebsten in alle Ewigkeit konservieren möchten.

Während also der Geist der Nächstenliebe, der im Weihnachtstfest gepriesen und gefeiert wird, noch immer vergebens darauf warten muß, auf das Verhältnis der verschiedenen Nationen zueinander angewendet zu werden, hat sich der Völkerhass zu einem politischen Moment ersten

Umfang unseres Zentralverbandes, Zahlstellen- und Mitgliederbewegung im dritten Quartal 1916.

Am Schlusse des zweiten Quartals 1916 waren 652 Zahlstellen vorhanden. Im Laufe des dritten Quartals 1916 wurde 1 Zahlstelle neu errichtet und 13 lösten sich auf, so daß am Schlusse des dritten Quartals 1916 noch 640 Zahlstellen gezählt wurden. Die nachbenannten Zahlstellen waren im Berichtsquartal gezwungen, hauptsächlich wegen Einziehung ihrer Mitglieder zum Kriegsdienst, ihre Tätigkeit einzustellen: Bad Rissingen, Bergen b. Celle, Czarnikau, Fallersleben, Friedland i. Schl., Holzminden, Krennen, Schwarzenbach, Soldau, Steinbergen, Tribbees, Weilheim und Witten.

Seit dem Jahre 1912 betrug am Schlusse des dritten Quartals die Zahl der Verbandszahlstellen:

1912	788
1913	813
1914	794
1915	698
1916	640

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des zweiten Quartals 1916 18 495. Im Laufe des dritten Quartals betrug der Zugang 3428, der Abgang 3864 Mitglieder (inklusive 1565 zum Militär eingezogener). Der Mitgliederbestand war somit am Schlusse des dritten Quartals 1916 18 059. (Die weiterhin abgedruckte Tabelle veranschaulicht die Mitgliederfluktuation eingehender.)

Seit dem Jahre 1912 betrug die Zahl der Mitglieder am Schlusse des dritten Quartals:

1912	65 102
1913	62 925
1914	36 523
1915	21 253
1916	18 059

Der Rückgang an Mitgliedern während der Kriegszeit beträgt 44 614. Seit Ausbruch des Krieges sind nach den in den einzelnen Abrechnungen enthaltenen Angaben insgesamt 42 270 Mitglieder zum Militär eingezogen. Danach würde der Mitgliederverlust während des Krieges auf zusammen 2344 zu bemessen sein.

Die jedesmalige Zu- (+) beziehungsweise Abnahme (-) der Mitgliederzahl betrug seit 1912 im dritten Quartal:

1912	+ 875
1913	+ 95
1914	+ 26 080
1915	+ 2 225
1916	+ 436

Der Zugang zum Verbandsverband war auch im dritten Quartal keineswegs gering. Wäre nicht der Abgang durch die Einberufungen zum Militär erheblich belastet, so zeigte die Mitgliederbewegung durchaus kein ungünstiges Bild. Bringt man von dem Abgang (3864) die Zahl der zum Militär Einberufenen (1565) in Abzug, dann ergibt sich, daß der Zugang um 1129 höher ist als der Abgang. Die Gewinnung neuer Mitglieder ist auch unter dem Kriegszustande noch sehr wohl möglich.

Wie sich in den einzelnen Bundesstaaten beziehungsweise Landesteilen des Deutschen Reiches die Zahlstellen- und Mitgliederbewegung seit dem Vorjahre gestaltete, zeigt die nachstehende Tabelle, wo die Zahl der Zahlstellen und Mitglieder am Schlusse des dritten Quartals 1916 mit dem Stande der Dinge in der gleichen Zeit des Vorjahres verglichen wird:

Bundesstaaten und Landesteile	1915		1916		Zu- (+) oder Abgang (-)	
	Zahlst.	mitgl.	Zahlst.	mitgl.	Zahlst.	mitgl.
Ostpreußen	16	543	15	772	-1	+229
Westpreußen	11	504	10	435	-1	-69
Brandenburg	73	2311	65	1910	-8	-401
Pommern	41	685	39	514	-2	-171
Posen	18	128	11	101	-7	-27
Schlesien	55	1256	50	1027	-5	-229
Provinz Sachsen	61	1556	60	1305	-1	-251
Schleswig-Holstein	46	713	41	600	-5	-113
Hannover	47	862	38	692	-9	-170
Westfalen	20	363	17	259	-3	-104
Hessen-Nassau	12	640	10	511	-2	-129
Rheinland	16	808	15	698	-1	-110
Königreich Preußen	411	10319	371	8824	-40	-1495

Bundesstaaten und Landesteile	1915		1916		Zu- (+) oder Abgang (-)	
	Zahlst.	mitgl.	Zahlst.	mitgl.	Zahlst.	mitgl.
Königreich Preußen	411	10319	371	8824	-40	-1495
Königreich Bayern	48	1460	44	1231	-4	-229
Rheinpfalz	5	162	5	97	0	-65
Königreich Sachsen	57	4526	55	3845	-2	-681
Württemberg	12	461	11	430	-1	-31
Baden	9	297	7	201	-2	-96
Hessen	6	213	7	217	+1	+4
Mecklenburg-Schwerin	50	716	48	600	-2	-116
Sachsen-Weimar	10	220	10	168	0	-52
Mecklenburg-Strelitz	9	128	8	106	-1	-22
Oldenburg	8	148	8	132	0	-16
Braunschweig	13	296	12	234	-1	-62
Sachsen-Meiningen	7	78	7	75	0	-3
Sachsen-Altenburg	8	127	8	107	0	-20
Sachsen-Coburg-Gotha	7	192	7	176	0	-16
Anhalt	9	175	9	167	0	-8
Schwarzburg-Rudolstadt	6	55	5	37	-1	-18
Schwarzburg-Sondershausen	2	28	2	15	0	-13
Waldeck	1	1	1	1	0	0
Neuch ältere Linie	2	15	1	8	-1	-7
Neuch jüngere Linie	3	85	1	82	-2	-3
Schaumburg-Lippe	3	20	2	17	-1	-3
Lippe-Deimold	1	7	1	7	0	0
Lübeck	1	125	1	115	0	-10
Bremen	1	372	1	315	0	-57
Hamburg	4	907	4	761	0	-146
Elbsaß-Lothringen	4	95	4	66	0	-29
Einzelzahler der Hauptkasse	—	25	—	25	—	—
Deutsches Reich insgesamt	698	21253	640	18059	-58	-3194

Nach Ortsgrößenklassen geordnet, bietet unser Verband im dritten Quartal 1916 gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres das nachstehende Bild:

Ortsgrößenklassen	1915		1916		Zu- (+) oder Abgang (-)	
	Zahlst.	mitgl.	Zahlst.	mitgl.	Zahlst.	mitgl.
Über 100 000 Einwohner	41	10834	41	9889	0	-1445
Von 20 000 bis 100 000 E.	139	4278	133	3504	-6	-774
" 5 000 " 20 000 "	276	3766	252	3288	-24	-528
" 2 000 " 5 000 "	170	1699	149	1890	-21	+309
Unter 2 000 Einwohnern	79	651	65	513	-14	-138

Mitgliederfluktuation in den einzelnen Bundesstaaten beziehungsweise Landesteilen im dritten Quartal 1916.

Bundesstaaten beziehungsweise Landesteile	Mitgliederzugang						Mitgliederabgang								
	Eingetreten	Wieder eingetreten	Aus andern Zahlstellen angeworben	Restanten, die nachgezogen	Aus andern Organizat. übergetreten	Zusammen	Ausgeschloffen	Ausgetreten	Geführten	Verstorben	Abgemeldet	Abgemeldet zum Militär	Restanten	Aus andern Organizat. übergetreten	Zusammen
Ostpreußen	105	26	181	10	2	274	—	3	25	—	104	53	10	—	195
Westpreußen	35	14	24	6	1	80	—	—	15	2	10	39	17	—	88
Brandenburg	106	45	135	22	1	309	—	11	32	7	96	166	45	—	357
Pommern	19	9	14	3	—	45	—	2	16	1	13	40	16	—	88
Posen	13	2	2	1	—	18	—	—	2	1	4	10	2	—	19
Schlesien	158	13	40	5	1	217	—	1	41	2	37	106	36	—	220
Provinz Sachsen	110	49	151	5	1	316	—	5	64	9	162	105	36	—	381
Schleswig-Holstein	14	9	29	3	—	55	—	1	16	1	23	42	18	—	102
Hannover	33	14	52	14	2	115	—	3	19	—	27	72	19	—	140
Westfalen	33	14	44	3	2	96	—	3	17	1	63	22	10	—	116
Hessen-Nassau	51	8	32	17	—	108	—	4	10	2	47	72	12	—	147
Rheinland	91	92	104	15	—	302	—	2	45	3	185	65	27	—	327
Königreich Preußen	788	295	758	104	10	1955	—	35	302	29	771	793	245	—	2175
Königreich Bayern	63	46	125	4	1	239	—	8	33	2	56	77	32	1	309
Rheinpfalz	7	3	7	2	—	19	—	—	10	—	1	19	1	—	31
Königreich Sachsen	198	65	235	42	7	547	—	20	46	6	164	320	70	—	626
Königreich Württemberg	61	39	19	4	1	124	—	3	5	2	56	52	6	—	124
Baden	15	23	25	—	—	63	—	1	5	1	34	17	8	—	66
Hessen	15	5	36	2	1	59	—	2	2	—	1	21	1	—	27
Mecklenburg-Schwerin	7	5	36	3	—	51	—	6	4	1	31	35	23	—	100
Sachsen-Weimar	6	6	4	4	—	20	—	1	3	—	8	14	5	—	32
Mecklenburg-Strelitz	3	—	—	1	—	4	—	—	—	—	3	5	3	—	11
Oldenburg	6	1	8	2	—	17	—	1	7	—	8	21	1	—	38
Braunschweig	7	1	10	3	—	21	—	2	3	1	12	11	1	—	30
Sachsen-Meiningen	14	3	2	1	—	20	—	—	2	—	3	13	4	—	32
Sachsen-Altenburg	4	1	5	2	—	12	—	1	8	1	2	9	1	—	32
Sachsen-Coburg-Gotha	15	1	4	2	—	22	—	1	3	—	8	26	2	—	40
Anhalt	17	1	7	7	—	32	—	3	3	1	6	10	4	—	27
Schwarzburg-Rudolstadt	1	—	3	—	—	4	—	—	1	—	—	4	—	—	5
Schwarzburg-Sondershausen	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—	—	2
Waldeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuch ä. L.	—	—	—	—	—	—	—	—	3	—	1	2	—	—	8
Neuch j. L.	5	3	3	—	—	11	—	—	1	—	1	12	—	—	82
Schaumburg-Lippe	—	—	1	—	—	1	—	—	1	—	1	3	1	—	17
Lippe-Deimold	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	7
Lübeck	3	4	8	—	—	15	—	—	2	1	8	11	—	—	115
Bremen	21	10	32	—	—	63	—	—	2	—	27	35	—	—	315
Hamburg	15	20	71	31	—	137	—	3	16	3	29	51	39	—	761
Elbsaß-Lothringen	2	5	1	—	—	8	—	1	2	—	6	2	—	—	66
Einzelzahler der Hauptkasse	1	—	2	—	—	3	—	—	—	—	3	—	—	—	25

Mitgliederfluktuation nach Ortsgrößenklassen im dritten Quartal 1916.

Ortsgrößenklassen	Zugang	Abgang	Restanten	Zugang	Abgang	Zusammen	Ausgeschloffen	Ausgetreten	Geführten	Verstorben	Abgemeldet	Abgemeldet zum Militär	Restanten	Aus andern Organizat. übergetreten	Zusammen
1. über 100 000 Einwohner	602	384	758	110	11	1815	—	34	187	28	715	733	186	1	1884
2. von 20 000 bis 100 000 E.	265	106	246	39	6	682	—	24	125	8	240	351	115	—	863
3. " 5 000 " 20 000 "	285	75	246	47	5	658	—	20	110	9	189	306	99	—	783
4. " 2 000 " 5 000 "	62	17	117	11	—	207	—	7	34	4	178	181	40	—	294
5. " unter 2 000 Einw.	19	5	32	7	—	63	—	5	9	—	15	44	14	—	87

Mitgliederfluktuation im dritten Quartal 1916 überhaupt im Vergleich mit demselben Quartal der Vorjahre.

Jahr	Zugang	Abgang														
1916	1254	537	1401	214	22	3428	—	90	465	49	1240	1565	454	1	3864	
1915	1474	587	1875	448	7	3891	—	144	784	60	1535	2908	683	4	6116	
1914	1517	806	3010	418	150	5901	11	339	1706	102	6400	20887	2527	9	31981	
1913	2459	1259	5821	379	386	9804	53	510	1546	91	7085	—	572	42	9899	
1912	3006	1475	5682	561	284	10958	14	465	1602	81	7369	—	509	43	10088	

Finanzgebaren.

Die Gesamteinnahme in den Verbandszahlstellen betrug seit 1912 im dritten Quartal:

Table with 2 columns: Year (1912-1916) and Amount (M. 950 010,75 to 255 524,42)

Die diesjährige Gesamteinnahme setzt sich zusammen aus Eintrittsgebühren M. 1442, Zentralfondswochenbeiträgen M. 162 429,35, Lokalfondswochenbeiträgen M. 64 209,80 und sonstigen Einnahmen M. 27 443,27.

Die örtlichen Ausgaben betragen seit 1912 im dritten Quartal:

Table with 2 columns: Year (1912-1916) and Amount (M. 110 158,23 to 69 289,99)

An die Verbandshauptkasse wurden seit 1912 im dritten Quartal eingekandt:

Table with 4 columns: Year, Inlaufende Beträge, Für den Streitfonds, Summa (1912-1916)

Die Ausgaben der Verbandshauptkasse, ausschließlich der zurückgebuchten Summen, betragen seit 1912 im dritten Quartal:

Table with 2 columns: Year (1912-1916) and Amount (M. 102 641,61 to 65 212,97)

Für Streit- und Gemafregelunterstützung sowie für Agitation verausgabte die Verbandshauptkasse seit 1912 im dritten Quartal:

Table with 5 columns: Year, Streitkosten, Gemafregelunterstützung, Agitation, Summa (1912-1916)

An Arbeitslosen- und Reiseunterstützung verausgabte die Verbandshauptkasse seit 1912 im dritten Quartal:

Table with 5 columns: Year, Arbeitslosenunterstützung, Reiseunterstützung, Summa (1912-1916)

Seit Bestehen der Arbeitslosenunterstützung in unserm Zentralverbande (1. Dezember 1905) wurden seitens unserer Verbandshauptkasse für diesen Unterstützungszweig M. 4 724 181,40 ausgegeben.

Der Vermögensausweis unseres Zentralverbandes stellt sich seit 1912 am Schlusse des dritten Quartals wie folgt:

Table with 5 columns: Year, Bestände in den Zahlstellen, In den Zahlstellen verbleibende Hauptkassengelder, Bestand in der Hauptkasse, Summa (1912-1916)

Im Berichtsquartal wurden als der Hauptkasse noch M. 9104,28 für Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer gezahlt. Insgesamt zahlte die Verbandshauptkasse an Familienunterstützung bis zum Schlusse des dritten Quartals dieses Jahres M. 768 570,62. An Flüchtlingsunterstützung wurden bis jetzt M. 2371,45 ausgezahlt. Aus den Lokalkassen wurden nach den in den Abrechnungen gemachten Angaben an Unterstützung der Kriegsteilnehmer sowie an Liebesgaben für im Felde stehende Kameraden im dritten Quartal in 68 Zahlstellen zusammen M. 4393,24 ausgegeben. Seit Ausbruch des Krieges wendeten die Zahlstellen aus lokalen Mitteln hierfür insgesamt M. 190 945,39 auf. Für Unterstützung an Kriegsteilnehmer und deren Familien wurden somit aus der Verbandshauptkasse und den Lokalkassen bis zum Schlusse des Berichtsquartals dieses Jahres zusammen M. 961 887,46 gezahlt.

Der 12. Dezember und seine Wirkung.

Hätte noch ein Zweifel bestehen können, daß der deutschen Regierung mit ihrer Erklärung vom 12. Dezember ein Meisterzug auf dem diplomatischen Schachbrett gelungen ist, so wäre dieser Zweifel bis zum letzten Hauche aufgelöst worden durch die Haltung aller derer, die im gegnerischen Auslande bereits bisher als Feinde jeder Verständigung, als unentwegte Kriegsschürer sich ausgezeichnet haben. Und wer glauben konnte, die Erklärung der Zentralmächte, sie viele die Hand zum Frieden, werde bedeutungslos verwehen, wie die früheren ähnlichen Versicherungen, die Bethmann im Namen Deutschlands abgegeben hatte, verweht sind, wird eines Besseren belehrt worden sein.

In der Tat: Werden unsere Gegner den ihnen vorgeetzten Bissen verschlucken wollen, ohne ihn zu zerbeißen und gründlich zu kauen, so werden sie an ihm ersticken. Die Friedenshoffnung ist ein starker Nagel, den die verbündeten Zentralmächte mit kräftigem Schläge fest ins Kriegsholz getrieben haben. Er läßt sich nicht mit leichter Hand herausreißen; es ist auch unmöglich, ihn übersehen zu wollen. Er ist da, steckt fest, und alle Welt blickt auf ihn und auf die Regierungen der Mächte, mit denen der Krieg geführt wird. Sie müssen sich mit ihm abfinden, so oder so. Ignorieren dürfen sie ihn nicht.

Als am Vormittag des 12. Dezember den Reichstagsfraktionen mitgeteilt worden war, welchen Inhalt die Kanzlerrede haben werde, tauchte natürlich die Frage auf, ob seitens der Parteien dazu gesprochen werden solle. Bekannt war, daß die alldeutschen Elemente bei den Konservativen und den Nationalliberalen am liebsten gesehen hätten, wenn die Kanzlerrede überhaupt unterblieben wäre. Da das nicht zu erreichen war, wollten sie wenigstens die Gelegenheit benutzen, ihr auf Gebietseroberungen gerichtetes Kriegsziel vor aller Welt zu betonen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte keinen Anlaß, diese Bestrebung zu unterstützen. Denn es war klar, daß diejenigen Strömungen in den feindlichen Staaten, die auf Ablehnung des Angebots hinwirken wollten, eine wertvolle Unterstützung ihrer von vornherein feststehenden Absicht gefunden hätten, wenn sie hinweisen konnten auf die von einflussreichen parlamentarischen Parteien zur Kanzlerrede abgegebenen, nach Eroberungen dürstenden Erklärungen. — Auch dem Wunsche der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, der Kanzler solle schon bei dieser Gelegenheit genau die Friedensbedingungen bekannt geben, die von den Zentralmächten gestellt würden, konnte unsere Fraktion nicht zustimmen. Der allgemeine Rahmen, den Bethmann für die zu erhebenden Bedingungen angegeben hatte, nämlich der nationalen Ehre und Selbständigkeit der andern Ländern solle nicht zu nahe getreten werden, und die Zentralmächte forderten nur die Sicherung ihres Daseins, ihrer Unverletzlichkeit und ihrer Entwicklungsmöglichkeit, war immerhin so deutlich, wie die gegnerischen Mächte es in diesem Stadium der Besprechung verlangen konnten. Jedes Eingehen auf Einzelheiten hätte natürlich den friedensfeindlichen Kreisen im Auslande als Handhabe gedient, für glatte Ablehnung des Angebots zu wirken. Durch Bekanntgabe von Einzelforderungen wäre deshalb die große Bedeutung der Erklärung zur Friedensbereitschaft zum mindesten stark abgeschwächt, wenn nicht direkt durchlöchert worden.

Denn selbstverständlich werden sich unter den von den Zentralmächten zu stellenden Bedingungen solche befinden, die den Gegnern höchst unangenehm sind, weil sie sich nun einmal in den Gedanken verankert haben, sie müßten Deutschland erst besiegen, ehe sie an Friedensschluß denken dürften. Und es hieße Vogeltraupolitik treiben, wollte man sich verheimlichen, daß durch die Presse in England und in Frankreich, auch in Italien, breiten Massen diese Friedensvoraussetzung in Fleisch und Blut übergeführt worden ist. Jede der zwar erfüllbaren und fachlich berechtigten, den Gegnern aber unangenehmen Forderungen würde mithin denen das Handwerk erleichtert haben, die von Eintritt in Unterhandlungen nichts wissen wollen. Haben sich dagegen erst die Vertreter der kriegführenden Mächte zusammen an einen Tisch gesetzt, so können derartige Forderungen nicht mehr das feimende Friedenswert zerstören; dann muß vielmehr Rede und Gegenrede, Forderung und Gegenforderung vorgebracht und verhandelt werden. Diejenige Macht, deren Vertreter ohne zwingendste Notwendigkeit sich vom Verhandlungstisch entfernen wollten, würde vom Fluche der Welt getroffen werden. Und Deutschlands Forderungen werden nicht derart sein, daß daran die Verhandlungen scheitern müßten. Diese Erwägungen waren entscheidend für die Haltung der Fraktion. Sie erklärte sich deshalb bereit, auf jede Aussprache zunächst zu verzichten, sofern das auch von anderer Seite geschehe. Als darum Bassermann, Graf Westarp und Genosse Ledebour eine Besprechung beantragten, hat unsere Fraktion das abgelehnt. Die Arbeitsgemeinschaft hat ihre Auffassung in einer am nächsten Tage veröffentlichten Erklärung niedergelegt. Auch bei wohlwollendster Beurteilung ihrer Motive wird ruhige Abwägung nicht dazu gelangen, sie für richtig zu halten.

Das hat sich auch sofort gezeigt, als die ersten Stimmen aus England herüberdrangen über die Aufnahme, die der deutsche Vorschlag dort gefunden hat. Eine so maßlose Mut,

wie die wichtigsten Blätter der Northcliffe-Presse, „Times“ und „Chronicle“ äußerten, war nur möglich, weil sie grundsätzlich jede Friedensverhandlung ablehnten, aber doch in Bethmanns Rede keine genügende Handhabe fanden, die Ablehnung zu begründen. Wie Verbrecher, die vor Begehen einer Untat aufgestört werden und denen ihr Opfer entzogen wird, heulten sie auf und griffen in ihrem bestimmungslosen Hass zu den lächerlichsten Ausflüchten, von denen sie sich, wären sie nicht allzusehr überrascht worden, selbst hätten sagen müssen, daß jeder Ruhigdenkende mit Widerwillen und Verachtung sich von ihnen abwendet. Andere englische Blätter, namentlich auch die Presse des vorigen Premiers Asquith, haben wesentlich entgegenkommendere Töne gefunden. Und eben das Richtige gehen Bethmanns auf die einzelnen Friedensforderungen hat ermöglicht, daß die besonnene Auslandspresse, neutrale und feindliche, hervorhebt, es gehe doch nicht an, wegen des Fehlens genau formulierter Einzelforderungen dem deutschen Vorschlag überhaupt nicht näherzutreten. Das müsse unter allen Umständen geschehen. Gerechterweise könne man doch auch erst dann von den Zentralmächten ein volles Aufdecken ihrer Karten verlangen, wenn die Gegner sich bereit erklärt haben, in Verhandlungen einzutreten, und wenn sie auch ihrerseits, Zug um Zug, ihre Bedingungen bekanntgeben. Auf diesen naturgemäßen Grundton haben sich nach und nach alle unabhängigen Blätter der Neutralen und der Kriegführenden eingestellt, und die Summe ihres Gewichts läßt hoffen, daß auch die widerstrebenden Kreise wohl oder übel gezwungen sind, um vor der Welt nicht als grundsätzliche Kriegsverlängerer gebrandmarkt zu sein, auf den Vorschlag einzugehen. „Man muß nachdenken“, hat Briand in der französischen Kammer bei Erwähnung der Bethmannschen Rede gesagt. Das ist schon viel wert. Mag Briand auch gleich darauf den deutschen Vorschlag als Manöver bezeichnet haben, dazu bestimmt, unter den Alliierten Uneinigkeit zu säen, die Gewissen zu verwirren und die Völker zu demoralisieren, so wird durch diese ungewollte Selbstanklage nur bekundet, wie fest der Nagel sitzt. Sonnino hat in der italienischen Kammer von „einer so heiklen Angelegenheit“ gesprochen, bei der die Alliierten in vollem Einvernehmen handeln müßten, „auch hinsichtlich der Schattierungen der Form.“ Sonnino erkennt offenbar, in welche heillose Zwicmühle er und seine Verbündeten geraten würden, wollten sie nicht dem Schrei nach Frieden soweit gerecht werden, als es möglich ist. Am schwersten scheint dem neuen englischen Premier Lloyd George das Konzept verdorben worden zu sein. Er hat sich von seinem Arzte für den 13. und 14. Dezember das Reden verbieten lassen. Er spielt im gegnerischen Orchester die erste Geige; auf ihm ruht die größte Verantwortung; auf ihn sind die Blicke der Welt gerichtet. Es wird ihm nach seinen jüngsten Kriegsfanfaren hart ankommen, einzulenken. Aber er muß. Er muß.

Warten wir ab. Die Wirkung, den Frieden sofort herbeizuführen, konnte das Angebot nicht haben. Doch die erreichbare Wirkung, die kriegführenden Mächte zu klarer, ungewandelter Stellungnahme zu zwingen, hat es gehabt, und leichte Hoffnungsschimmer unspielen den blutfarbenen Horizont.

Der wundeste Punkt.

An demselben Tage, an welchem in Bayern der Minister des Innern Freiherr v. Soden zurücktreten mußte, weil seine Politik allzu agrarisch war — er selbst ist Großgrundbesitzer —, hat im preussischen Landtag der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer eine Rede zur Ernährungsfrage gehalten, die klar erkennen ließ, daß in Preußen der alte agrarische Kurs unverändert weitergeführt werden soll. In Bayern war v. Soden wegen seiner einseitigen Haltung bei den Ernährungsfragen in schwere Differenzen mit dem Kriegsminister Krefz v. Kressenfeld geraten, und der Ministerpräsident v. Hertling hat, um das in Bayern noch allmächtige Zentrum, dessen Vertrauter und Anwalt v. Soden war, nicht allzusehr zu erzürnen, den Kriegsminister als Süßholzwurm mit geschlachtet. Auch Kressenfeld mußte zurücktreten, als Soden den von allen Seiten, außer vom Zentrum, kommenden Angriffen nicht mehr widerstehen konnte. In Preußen dagegen spielt man nichts davon, daß ein Kriegsminister auf die schweren Gefahren hingewiesen hätte, die aus der verfehlten Ernährungspolitik direkt und indirekt für die kriegsführenden erwachsen sind und noch mehr erwachsen werden. Dabei ist in Bayern in allgemeinen der Stand der Volksernährung noch günstiger als in Preußen; hier wäre also eine ernste Mahnung vor der Begünstigung von agrarischen Interessen noch nötiger als in Bayern.

v. Schorlemer führte aus, die wirtschaftliche Lage sei ernst, und auch nach Friedensschluß werde Deutschland noch viele Jahre ausschließlich auf die eigene Produktion angewiesen sein. Schutz der landwirtschaftlichen Produktion sei und bleibe deshalb die Hauptsache. (Beifall rechts.) Damit seien auch das Kriegsernährungsamt und das neue Kriegsamt einverstanden. Bei allen Maßnahmen müsse geprüft werden, wie sie auf die landwirtschaftliche Produktion wirkten. Leider gebe das neue Dienstpflichtgesetz den Arbeitern das Recht, dort Beschäftigung zu nehmen, wo höherer Lohn gezahlt werde, das werde zu einem Abfluß der Arbeitskräfte in

die Industrie führen. Für Aufrechterhaltung der Landwirtschaft sei es nötig, daß Pferde und Gespanne nur im äußersten Notfalle aus bäuerlichen Betrieben weggenommen würden. Geschehe es, so dürften natürlich nicht die Friedenspreise, sondern die viel höheren Kriegspreise gezahlt werden. Einen Produktionszwang auf die Landwirtschaft auszuüben, sei unmöglich und werde produktionslähmend wirken. Die Bevölkerung sei auf eine schaffensfreudige Landwirtschaft angewiesen. Sielten einzelne Landwirte mit Abgabe ihrer Vorräte zurück, so seien das einzelne Fälle, die nicht verallgemeinert werden dürften, wenn nicht die Landwirte verbittert werden sollen. Zu einem Optimismus auf dem Gebiete der Volksernährung sei jetzt nicht Zeit, man werde vielmehr mit weiteren Einschränkungen zu rechnen haben.

Gegenüber dieser Rede hingte Abgeordneter Genosse Braun der Kasse die Schelle um. Werde darauf verwiesen, daß auch im Auslande Ernährungsnot sich bemerkbar machten, so beweise das nur, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung eben überall zum schamlosen Kriegswucher führe; man sei also nicht genötigt, diesen Wucher als eine vom Schicksal verhängte Unabänderlichkeit ruhig hinzunehmen. Da die privatkapitalistische Methode offenbar verfaßt habe, bleibe nur die konsequente Anwendung des gemeinwirtschaftlichen, des sozialistischen Wirtschaftssystems übrig. Sei gesagt worden, daß man jetzt eine kleine Probe vom sozialistischen Zukunftsstaat bekomme, so müsse erwidert werden, daß die jetzige Lebensmittelversorgung das denkbar übelste Zerrbild von Sozialismus darstelle. Was jetzt geschehe, sei wirtschaftspolitische Quacksalberei und entspringe einem System der Halbheit, mit dem gebrochen werden müsse. Sollte die landwirtschaftliche Produktion aufs höchste angespannt werden, so bedürfe es dazu nicht nur der Arbeitsfreudigkeit der Landwirte, sondern auch der Arbeitslust der Arbeiter. In Allenstein sei ein polnischer Arbeiter, der aus Freude über die Errichtung des Königreichs Polen mit seinen Kameraden einen Tag blau machte, mit vier Wochen Gefängnis bestraft worden. Noch enthalte die überlebte Geständnisordnung das infame Züchtigungsrecht. Damit müsse gründlich aufgeräumt werden, wenn die Schaffensfreudigkeit bei den Landarbeitern erhöht werden solle.

Von allen werde Opferstum gefordert. Wie stehe es aber damit bei vielen Landwirten? Haben nicht die Landräte in Allenstein, Braunsberg und andern Orten die Zurückhaltung der Kartoffelvorräte scharf geißeln müssen? Und in der Kommission unseres Landtags wurden von den Konservativen nicht etwa die Bauern getadelt, die das Vorgehen nötig machten, sondern die Landräte, die in Erfüllung ihrer Pflicht das verderbliche Treiben gewinnstüchtiger Landwirte an den Pranger gestellt haben. Gegen diese Landräte wurde ein Einschreiten des Ministers gefordert. Was nützen alle Aufrufe landwirtschaftlicher Körperschaften zur Herausgabe von Lebensmitteln, wenn man sich zugleich schützend vor solche Elemente stellt, deren Treiben eine Verhöhnung jener Aufrufe bildet. Haben nicht Landwirte gesagt, lieber ließen sie ihre Kartoffeln verkaufen oder wollten sie auf den Mist werfen, ehe sie einen billigeren Preis annehmen? In seiner Eingabe an den Reichskanzler hat der deutsche Landwirtschaftsrat das schamlose Verdrängen genannt. Es ist nicht schamlos, wenn man solche Patrone, die der Landwirtschaft wahrlich nicht zur Ehre gereichen, an den Pranger stellt. Schamlos handeln vielmehr die, die jetzt Lebensmittelwucher treiben, Erzeuger wie Händler, schamlos die, die die Preise für Gänsefleisch und Fett auf das Fünffache und Achtfache des Friedenspreises treiben; schamlos handeln die, die durch zehnfache Verteuerung der Fische und Fischkonserven das Volk ausplündern, die Getreide und Kartoffeln zurückhalten, um sie zu verfüttern, während das Volk größte Not leidet. Die Regierung darf dem Eigennutz nicht mehr wie bisher Rechnung tragen. Soll unsere Volksernährung nicht zusammenbrechen, so muß mit dem Quacksalbern radikal gebrochen, es muß zum gemeinwirtschaftlichen Betriebe übergegangen und zum energischen Abbau der Preise geschritten werden. Gegen die Hyänen des Schlachtfeldes im Inlande, deren einzige Sorge ist, wie sie sich bereichern können, muß mit aller Rücksichtslosigkeit vorgegangen werden. Ganz richtig nannte das Organ des Bundes der Landwirte alle, die sich am Kriegswucher beteiligen, Landesverräter, die aus niedrigem Eigennutz dem Volke in den Rücken fallen.

Während sonst gegen derartige sozialdemokratische „Sche-rede“ Minister und Abgeordnete um die Wette sich heilen, die Angegriffenen in Schutz zu nehmen, blieb die fernhafte Rede des Genossen Braun ohne ernste Beanstandung. Jeder empfand, daß er auf den dunkelsten Punkt mit der unerlässlichen Schärfe hingewiesen hatte. Ist nicht auch Professor Dr. A h e l, der Direktor des hygienischen Instituts in Jena, aus dem Beirat des Kriegsernährungsamtes getreten, weil er diese Politik nicht länger mitmachen wollte? Ihm werden die Worte zugeschrieben, heute werde jeder Mensch gezwungen, nur den Bauern zwingen niemand. Vor dem Schöffengericht in Stolp erklärte Frau Rittergutsbesitzer Marie Blum aus Giesebitz bei Stolp, die für den Zentner Stroh M. 5 gefordert hatte, während der Höchstpreis M. 3 betrug, und die deshalb zu M. 750 Strafe verurteilt worden war, lieber lasse sie das Stroh

verfaulen, als daß sie es für M. 3 verkaufe. — Das bayerische Bezirksamt Alttötting stellte in einer Bekanntmachung fest, daß die Verfaule, die Behörden durch falsche Angaben über die landwirtschaftlichen Vorräte zu täuschen, „unentwegt fortgesetzt werden“. Bei einer stichprobeweise vorgenommenen Haussuchung habe sich der sechsundsechzigfache Betrag der angegebenen Vorräte vorgefunden.

Die Beispiele ließen sich beliebig vervielfachen. Es ist eine traurige Wahrheit, daß ein erheblicher Teil der Landwirte — nicht alle, aber auch nicht so wenige, daß man von ihnen als „Ausnahmen“ reden könnte — in dieser furchtbaren Zeit alles „Gemeinstunnes“ bar sind und nur für ihre Tasche arbeiten. Ein einfaches Mittel könnte sie kurieren. Nach einer Bestandsaufnahme brauchte nur eine Kontrolle stattzufinden, und was einer mehr besitzt, als er angegeben hatte, wird ihm einfach ohne Bezahlung weggenommen, wenn die zu niedrige Angabe ersichtlich nicht auf entschuldbaren Irrtum zurückzuführen ist. Zwingt man den Arbeiter, sich an andere Orte verfehlen zu lassen und sich von seiner Familie zu trennen, so kann der Landwirt auch zu wahrheitsgemäßen Angaben über seine Vorräte gezwungen werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Literatur.

Mit dieser Nummer des „Zimmerer“ gelangt unsere Neuausgabe „Feststellungen über Arbeitszeit und Löhne sowie Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands für die Jahre 1885 bis 1915“ an die Verbandszahlstellen zum Versand. Jede Zahlstelle erhält ein Exemplar der Schrift für die Zahlstellenbibliothek. Wir bitten daher die Empfänger der Sendungen, das Buch dem Zahlstellenbibliothekar oder, wo solche nicht vorhanden sind, dem Zahlstellenvorsitzenden zu übermitteln, damit das Werk möglichst allen Verbandskameraden zum Studium zugänglich ist. Zahlstellen, die bei der Zustellung des Werkes irrtümlich übergangen werden, wollen das unverzüglich dem Zentralvorstand melden, damit Nachsendung erfolgen kann. Der Zentralvorstand.

Rechnungsabschluss

des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands über das 3. Quartal 1916.

a) Lokalkassen.

Einnahmen.

An Vermögensbeständen vom 2. Quartal	M.	766572,51
„ Lokalfondsbeiträgen	„	64209,80
„ sonstigen Einnahmen	„	27443,27
Summa	M.	848225,58

Ausgaben.

Per örtliche Aufwendungen	M.	69289,99
„ Vermögensbestände in den Zahlstellen am Schlusse des 3. Quartals	„	778935,59
Summa	M.	848225,58

b) Zentralkasse.

Einnahmen.

An Vermögensbestand vom 2. Quartal	M.	4165351,42
„ Guthaben in den Zahlstellen vom 2. Quartal	„	9048,26
„ Eintrittsgebühren	„	1442,—
„ Zentralfondswochenbeiträgen	„	162429,35
„ diverser Verbandsliteratur	„	66,90
„ Bücherfutturalen	„	52,80
„ Duplikaten	„	6,50
„ Kolportagemarken	„	2,—
„ Zinsen	„	12507,75
„ diverser Eingängen	„	408,57
Summa	M.	4351315,55

Ausgaben.

Per Agitation	M.	29184,11
„ Arbeitslosenunterstützungen	„	1426,25
„ Familienunterstützungen	„	9104,28
„ Gemäßregeltenunterstützungen	„	156,—
„ Generalkommission, Beiträge	„	1200,—
„ Konferenzen usw.	„	296,90
„ Reichsschutzkosten	„	201,43
„ Reichsversicherungsbeiträge	„	1902,60
„ Verhandlungskosten, Lohnbewegungen usw.	„	456,—
„ Entschädigungen für verbranntes Handwerkszeug	„	476,75
„ Verbandsorgan „Der Zimmerer“	„	8800,56
„ Verwaltungskosten (zentrale)	„	11028,21
„ Verwaltungskosten (fachliche und allgemeine)	„	1099,88
„ Guthaben in den Zahlstellen am Schlusse des 3. Quartals	„	8212,25
„ Vermögensbestand in der Zentralkasse am Schlusse des 3. Quartals	„	4277890,33
Summa	M.	4351315,55

Im Laufe des 3. Quartals mußten 13 Zahlstellen infolge Einberufung sämtlicher oder des größten Teiles der Mitglieder ihre Tätigkeit einstellen; 1 Zahlstelle wurde wieder neu eröffnet, so daß am Schlusse des Quartals 640 Zahlstellen mit 18 059 Mitgliedern gezählt wurden.

Udolf Römer, Kassierer.

Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.

Obigen Rechnungsabschluss mit den Büchern verglichen und für richtig befunden zu haben, bestätigen:

H. Cede, zweiter Vorsitzender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.

Frits Huber, Farbiger, Marienstr. 78

Th. Behnen, Hamburg 33, Schwalbenstr. 4, 3. Et. } Revisoren.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Eine deutsche Gewerkschaftskonferenz hat am 12. Dezember 1916 in Berlin getagt, um zu dem Hilfsdienstgesetz Stellung zu nehmen. Die Teilnahme an der Konferenz war eine sehr starke. Von der in der Generalkommission vertretenen Gewerkschaften waren 467 Vertreter aus allen Teilen des Reiches erschienen. Die Christlichen Gewerkschaften hatten 82 Vertreter entsandt, die Christlichen Gewerkschaften 66, die Polnische Berufsvereinigung 4, die Arbeitsgemeinschaft für ein einheitliches Angestelltenrecht 50, die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände 20 und die der technischen Angestelltenverbände 10 Vertreter. Es waren also rund 700 Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen, die 4 Millionen Mitglieder vor Kriegsausbruch hatten, anwesend. Die Reichsregierung war durch den Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Dr. Helfferich, Unterstaatssekretär Richter, Ministerialdirektor Dr. Caspar und Geheimrat Siefarth vertreten, vom Kriegsamt war dessen Präsident, Generalleutnant Gröner, erschienen, der die Grüße des Kriegsministers übermittelte. Der Reichskanzler hatte in einem Schreiben sein Bedauern ausgesprochen, wegen anderweitiger Inanspruchnahme nicht persönlich erscheinen zu können. Von den zahlreichen Gästen nennen wir hier nur Prof. Dr. Zimmermann und Dr. Heyde von der Gesellschaft für Soziale Reform, sowie Dr. August Müller vom Zentralverband deutscher Konsumvereine. In seiner Begrüßungsansprache hob Legien hervor, daß die gemeinsame Not die Vertreter aller Richtungen der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen hier zusammengeführt hat. Die gegnerischen Mächte drohen, Deutschland zu zerschmettern, es vom Weltmarkt dauernd abzuschneiden. Würden sie ihr Ziel erreichen, dann hätten die Arbeiter das am schwersten zu tragen, sie könnten ihr Bündel schnüren und ins Ausland wandern. Diese Not droht uns für die Zukunft. Wir wollen aber, daß die Arbeiter und Angestellten in der Heimat bleiben und hier ihre Existenz finden können. Deshalb wollen wir den Zweck des Hilfsdienstgesetzes erfüllen und dafür sorgen, daß unsere Söhne und Brüder im Felde so ausgerüstet werden, daß sie der gewaltigen Uebermacht gewachsen sind. Wir tun das nicht, um andere Völker zu unterdrücken, sondern um unsere eigene Freiheit und Unabhängigkeit zu wahren. Neben der Not der Zukunft haben wir auch die Not der Gegenwart, unsere Ernährungsschwierigkeiten, die der englischen Abschneidung unserer Zufuhr zu verbanken sind. Diese Not wollen wir überwinden unter der Voraussetzung, daß sie von allen Volksschichten gemeinsam getragen wird. Sollen die Arbeiter das Größte leisten können, dann muß ihnen die nötige Nahrung gegeben werden. Es müssen diejenigen Kreise seitens der Regierung schärfer angefaßt werden, die die Zeit nicht verstehen, die aus Eigennutz der Bevölkerung die notwendige Nahrung vorenthalten und dadurch das Volk schädigen. Herr Dr. Helfferich nahm hierauf das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er betonte, daß es für die Regierung kein leichter Entschluß war, nach 2 1/2 Jahren schwerster Kriegsnot zu einer neuen Steigerung der Opfer und Leistungen aufzurufen. Da aber die Gegner die deutsche Friedensbereitschaft bisher abgewiesen haben in der Hoffnung, daß wir in unserm Willen und unserer Kraft erlahmen, müssen wir sie eines Besseren belehren. Generalleutnant v. Gröner drückte mit seiner Pointierung aus, daß der Kriegsminister sich von der Tagung und von der Mitwirkung der vertretenen Organisationen bei der Ausführung des Gesetzes viel verspricht. Das Referat über das Hilfsdienstgesetz selbst erstattete Gustav Bauer. Seine Ausführungen waren von eingehender Sachkenntnis getragen und gaben den Gewerkschaftsvertretern die notwendigen Erläuterungen des wirklichen Inhalts des Gesetzes. Nach Schluß der Diskussion nahm der in das Kriegsamt berufene Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Alexander Schlichte, das Wort zu folgender Ansprache: „Es ist das erste Mal, daß ein gewerkschaftlicher Vertreter zu einem solchen Amt berufen wird. Ich war im Zweifel, ob ich die Berufung annehmen könnte. Ich zweifle nicht, daß das Gesetz eine zwingende Notwendigkeit ist, auch im Interesse der Arbeiter. Trotzdem bewegten mich innere Zweifel, ob ich den Rückhalt finden würde, der notwendig ist, um in diesem Amt die Interessen der Arbeiter vertreten zu können. Die heutige Tagung hat den Beweis erbracht, daß ich frohen Mutes in das Amt eintreten kann, ja, daß die Annahme eine zwingende Pflicht und Notwendigkeit ist. Gestützt auf das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten werde ich mich bemühen, als Vertrauensmann der Arbeiter — wie man mich im Kriegsamte bezeichnet hat — zu wirken und die Interessen der Arbeiter und Angestellten wahrzunehmen in der Weise, wie es hier zum Ausdruck gekommen ist. Ich glaube, hierbei auf die Unterstützung aller Arbeiter und Angestellten Deutschlands rechnen zu können.“ Der von der Konferenz einstimmig gefaßte Beschluß hat folgenden Wortlaut: „Die am 12. Dezember in den „Germaniasälen“ versammelten Vertreter von rund vier Millionen organisierter Arbeiter und Angestellten erklären, an der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst nach Kräften mitarbeiten zu wollen. Die durch die Organisation der Arbeiter und Angestellten vertretenen Volksschichten sind bereit, einig und geschlossen alle Kraft in den Dienst unseres Landes zu stellen, damit die Vernichtungspläne der Gegner Deutschlands erfolglos bleiben. Von der Reichsregierung und dem Kriegsamt erwarten die Versammelten weitgehende Förderung der berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten auf Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Sicherung des Koalitionsrechtes. Sie fordern eine schärfere Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, damit die arbeitende Bevölkerung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann.“

Veranstaltungsanzeiger.

Sonnabend, den 30. Dezember:

Alten: Abends 8 Uhr in der „Herberge zur Heimat“. —

Lauenburg a. d. E.: Abends 8 1/2 Uhr bei P. Paap, Elbstr. 45.

Sonntag, den 31. Dezember:

Memel: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Holzstr. 3 d.